

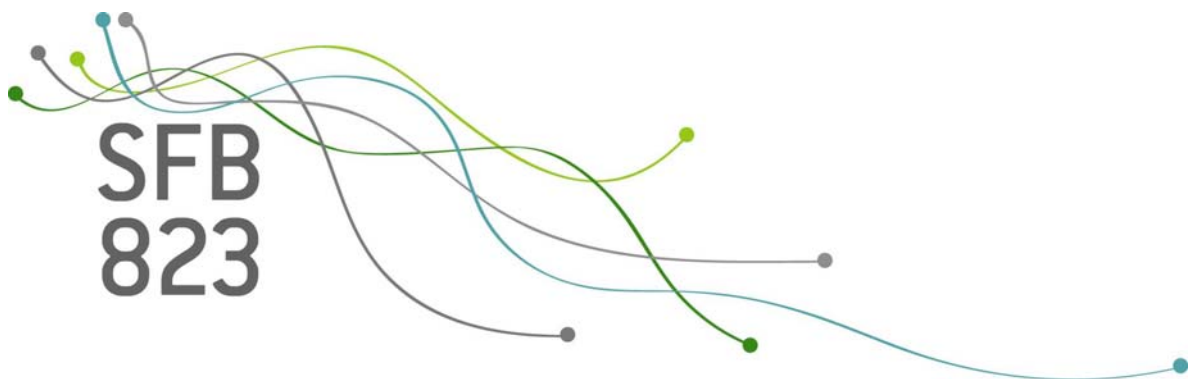
SFB
823

Hat der Euro eine Zukunft?

Henrik Müller, Walter Krämer

Nr. 25/2014

Discussion Paper



Hat der Euro eine Zukunft?

Henrik Müller und Walter Krämer¹

Zusammenfassung

Der Euro als Währung hat Vor- und Nachteile. Dieses Diskussionspapier stellt beide aus Sicht der deutschen Wirtschaft gegenüber; es will nicht nur Diskussionen anregen, sondern ist selbst das Ergebnis einer Diskussion. Neben zwei Bestandsaufnahmen stellt es auch mögliche Szenarien für die Zukunft vor.

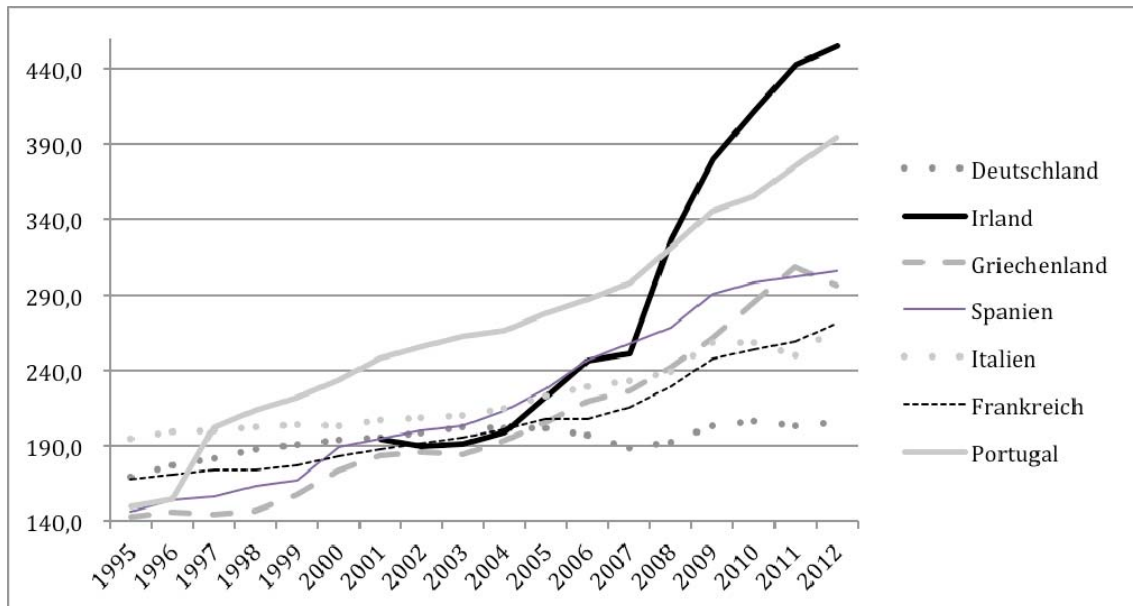
1. Die Ausgangsthesen

Henrik Müller:

Alle Wege zu einer stabilen Währungsunion, zu einem stabilen Euro, zu einer stabilen Situation sind lang, steinig und werden von vielen als unfair empfunden werden. Derzeit ist die Eurozone in einem Teufelskreis gefangen: Die hohen Schulden drücken aufs Wachstum. Spanien etwa hat einen sehr hohen privaten Verschuldungsgrad. Das führt dazu, dass die Unternehmen zwar inzwischen wieder wettbewerbsfähig sind, aber kaum investieren können. Es geht nicht nur um die Staatsschulden, die so viel Aufmerksamkeit bekommen haben, sondern auch um private Schulden. Aufsummiert haben sie in vielen Ländern Größenordnungen erreicht, die jedes tragbare Maß übersteigen, so dass sie die Wirtschaft und die Staatshaushalte im Würgegriff halten (siehe Abbildung 1).

¹ Dieses Diskussionspapier ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Journalismus und des Sonderforschungsbereiches 823 (gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft). Es dokumentiert eine Debatte zur Eurokrise im Rahmen der Dortmunder Hochschultage, zu dem Henrik Müller seinen Kollegen Walter Krämer am 14. Januar 2014 eingeladen hatte. Wir danken Sonja Ludwig für großzügige Unterstützung bei der Dokumentation des Streitgesprächs und Karen Grass für dessen kompetente Moderation. Eine Kurzfassung ist in *Mundo 2/2014* erschienen. Walter Krämer dankt dem Campus-Verlag für die Erlaubnis zur Verwendung von Material aus seinem Buch „Kalte Enteignung“ (Frankfurt 2013).

Abb. 1: Bruttoschulden von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen*, in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat

*ohne Finanzsektor

Die Schulden müssen abgebaut werden. Wir brauchen ein echtes Deleveraging. Dafür gibt es vier Wege:

Der erste Ausweg wäre Sparen und irgendwie aus den Schulden herauswachsen. Das ist der Weg, den Deutschland favorisiert. Ausgaben runter, Steuern rauf. Das Problem: Das Wachstum bleibt schwach. Die Schulden erdrosseln weiterhin die Wirtschaft, so dass eine Stabilisierung ausbleibt. Wir stehen vor der scheinbar paradoxen Situation, dass die Wirtschaft stagniert und die Staatsschulden steigen, obwohl gespart wird.

Die zweite Möglichkeit sind Schuldenschnitte und Bankrotte. Einzelne Staaten, Unternehmen oder Haushalte zahlen ihre Schulden einfach nicht zurück bzw. bekommen sie erlassen.

Möglichkeit drei ist Inflation. Schulden sind nominal fixiert. Wenn das Preisniveau insgesamt steigt, sind die Schulden weniger wert und leichter zu bedienen. Deutschland hat zwei Hyperinflationen im 20. Jahrhundert durchlitten: 1923 und in der Nachkriegszeit, gefolgt jeweils von einer Währungsreform. Inflation ist eines der nationalen Traumata, mit denen wir uns herumplagen. Keine schöne Perspektive.

Die vierte Möglichkeit ist eine Vergemeinschaftung von Schulden. Der Sachverständigenrat, keine ökonomischen Hasardeure, hat vorgeschlagen, einen Schuldentilgungsfond einzurichten, in dem ein Teil der gemeinsamen Schulden gepoolt, also gemeinsam abgetragen wird. Ein Projekt für Jahrzehnte, aber immerhin.

Das Problem dabei: Der Schuldentilgungsfond wird sehr groß sein müssen, damit er Wirkung zeigt. Es geht um Größenordnungen von mindestens drei Billionen Euro. Und es ist schlicht nicht vorstellbar, dass dies in der Eurozone in ihrer heutigen Verfassung – politisch und institutionell – möglich wäre. Um solch eine Schuldenvergemeinschaftung hinzubekommen, die dazu führen kann, dass wir aus der derzeit instabilen Situation

herauswachsen, brauchen wir eine supranationale Ordnung, die weit über den Status quo hinausgeht. Wir brauchen, und das ist meine Grundthese, eine "Bundesrepublik Euroland". Wir müssen die Eurozone zu einem echten Föderalstaat weiterentwickeln. Dazu bedarf es einer Vision, und es bedarf politischer Führung. Beides sehe ich überhaupt nicht. Die unbequeme Wahrheit: Wir sind im Prinzip alle gemeinsam pleite. Die Alternative dazu, die aber aus meiner Sicht nicht wirklich eine ist, wäre ein Scheitern der Eurozone, ein Scheitern der europäischen Integration insgesamt, mit der Folge, dass wir auf unseren Forderungen sitzen bleiben, dass das politische, soziale, kulturelle Kapital der Nachkriegsjahrzehnte verspielt ist. Gemessen daran ist die Schaffung einer Bundesrepublik Euroland geradezu eine Verheißung.

Walter Krämer:

Die Bundesrepublik Euroland – damit könnte ich mich anfreunden. Aber viele andere Euro-Länder, an erster Stelle Frankreich, werden das wohl kaum akzeptieren, geschweige denn befördern. Und eine Politik, die nur dann funktioniert, wenn gewisse Illusionen Wahrheit werden, halte ich für sehr bedenklich.

Und wieso gemeinsam pleite? Das ist in den Maastricht-Verträgen nirgends vorgesehen („no bail-out“). Aber zunächst sind mir vor allem drei Punkte wichtig. Erstens: Der Euro war ein großer Fehler. Hätte man 1992 die Zeitung von 2012 lesen können, hätte kein Mensch den Euro eingeführt. Es kann nur darum gehen, mit möglichst geringen Kosten wieder aus der Affäre herauszukommen. Zweitens: Der Euro ist nicht Europa. Ich selbst bin netto immer noch ein Anhänger der europäischen Idee. Ich glaube auch, dass die EU nicht ohne Grund den Friedensnobelpreis 2012 bekommen hat. Aber der Euro tut der europäischen Idee nicht gut. Er könnte sogar, wenn wir weitermachen wie bisher, ihr großer Totengräber sein. In diesem Sinne sind die Gegner des Euro, bzw. die Gegner des Euro, so wie er aktuell gestaltet ist, nicht die Feinde, sondern die letzten echten Freunde der großen europäischen Idee. Drittens: Der Euro schadet allen Beteiligten – den Krisenländern sowieso, aber Deutschland ebenfalls.

Nehmen wir das Beispiel Griechenland: Um auf dem Weltmarkt wieder so wettbewerbsfähig zu werden wie das Nachbarland Türkei, müsste die griechische Wirtschaft um 30 Prozent abwerten. Früher war das kein Problem: Man wertete die Drachme ab und alles war wieder gut. Heute ist die Drachme nicht mehr da. Stattdessen hat Griechenland den Euro. Und solange es den Euro hat, wird das Land nie in der Lage sein, seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wiederzugewinnen und seine Schulden auf ehrliche Art und Weise zu begleichen. Anders ausgedrückt: Die Eurokrise ist eine durch die Wettbewerbsunfähigkeit der Krisenländer induzierte Schuldenkrise. Insofern bin ich mit Ihnen, Herr Müller, durchaus einer Meinung. Und solange diese Wettbewerbsunfähigkeit nicht verschwindet, wird auch die Schuldenkrise nicht verschwinden. Deshalb schadet der Euro auch der deutschen Wirtschaft. Man merkt es nur noch nicht.

Die angeblich so tollen Exportüberschüsse sind wie Doping, womit man die eigene Leistung auf Kosten der Gesundheit überdreht. Denn die Schulden der Krisenländer sind doch spiegelbildlich die Forderungen der Nordländer der Eurozone. Allein in Deutschland summieren sich die Brutto-Auslandsforderungen derzeit auf über sechs Billionen Euro.² Diese

² Dergleichen Zahlen findet man auf den Netzseiten der Deutschen Bundesbank:

<http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Auslandsvermoegenstatus/auslandsvermoegenstatus.html>

enorme Summe schuldet das Ausland uns zurzeit. Vor allem für die vielen Exportüberschüsse, die wir seit Jahrzehnten so gerne und stolzgeschwellt ins Ausland liefern. Stolz worauf, frage ich mich. Denn was geschieht, wenn die Empfängerländer ihre Schulden nicht begleichen? Dann hätten wir dem Rest der Welt die Exporte sozusagen zu einem guten Teil geschenkt. Genau darauf läuft die Eurokrise langfristig hinaus. Den ersten Schritt hat Griechenland vor zwei Jahren mit dem ersten (aber sicher nicht dem letzten) Schuldenschnitt gemacht: 100 Milliarden Euro einfach mal so weg. So löst sich ein großer Teil des scheinbar vorhandenen Auslandsvermögens vor unseren Augen in Wohlgefallen auf.

Und die Politik steckt den Kopf in den Sand und bestreitet, dass dieses Risiko überhaupt existiert. Und die Medien, tut mir Leid, das sagen zu müssen, werden dominiert von Leuten, die die Dinge so sehen, wie sie sie gern hätten, nicht wie sie wirklich sind. Ich glaube, es wäre für eine rationale Diskussion schon viel gewonnen, wenn man über Fakten diskutierte. Stattdessen konstatiere ich in Deutschland eine „Kopf in den Sand“-Attitüde. Ich bin eher für "Augen auf". Dann kann man immer noch sagen: Ja, die Euro-Rettung ist zwar teuer, aber der Nutzen übersteigt die Kosten. Also machen wir es. Oder man kann sagen: Das Projekt ist so teuer, es lohnt sich nicht, blasen wir das Ganze schnellstmöglich wieder ab.

2. Eurorettung - ja oder nein?

Henrik Müller:

Aus meiner Sicht ist es Ökonomen-Hybris, zu meinen, man könne einfach zurück auf Anfang gehen. Das ist eine rein theoretische Modellvorstellung. Man dreht das Rad der Geschichte 20 Jahre zurück, ist wieder im Jahr 1992 und verweigert die Unterschrift unter den Maastricht-Vertrag. So funktioniert die Welt nicht. Der Euro war das zentrale Projekt der europäischen Integration, die ich für vollkommen richtig halte und für den einzigen Weg, um Europa und auch Deutschland auf Dauer zu stabilisieren und auf Dauer in Frieden und Wohlstand zu leben. Der Euro war kein Fehler. Was fehlt, ist die Vision, der Überbau, wenn man so will, eine große Erzählung. Was verbindet uns Europäer miteinander? Warum wollen wir ein Geld teilen? Niemand wirbt dafür, auch nicht die Kanzlerin. Natürlich war allen klar, dass die Währungsunion, so wie sie 1992 verabredet wurde, unfertig war. In den 1990er-Jahren hat es noch Entwicklungen gegeben wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Aber in den 2000-er Jahren haben alle gepennt, da schließe ich viele Medien mit ein. Wir haben nicht gesehen bzw. wollten nicht sehen, wie sich die Ungleichgewichte aufgebaut haben, wie sich die gigantische Verschuldung, vor allem die private, in vielen Ländern aufbaute, wie sich die Lohnstückkosten auseinander entwickelten, wie einige Länder immer weniger wettbewerbsfähig wurden. Das Narrativ war: Europa ist super. Der Euro ist super. Länder wie Spanien gehören jetzt in die erste Liga der Weltwirtschaft. Es ist aber müßig, sich jetzt in der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung zu verzetteln. Jetzt ist der Zeitpunkt, da man die Weiterentwicklung vorantreiben muss. Denn was würde passieren, wenn wir das Rad der Geschichte zurückdrehen? Meine Vermutung ist, dass wir das Risiko einfach nicht berechnen können, das wir eingehen würden, wenn der Euro zerbricht. Aber Sie sind der Statistiker, Herr Krämer...

Walter Krämer:

Die Kosten kommen noch zur Sprache. Zunächst zu der von Ihnen angemahnten „großen Vision“. Die gibt es und die gab es. Blicken wir zurück ins Jahr 1992, als der Euro entstand. Wenn ich an Reden von Helmut Kohl von damals denke, auch vor der deutschen Wiedervereinigung, so war klar: Der Euro sollte die Krönung der europäischen Vereinigung sein. Erst die politische Einigung – und dann die gemeinsame Währung. Das war die Krönungstheorie, das war die Vision von Kohl. Dann kam die deutsche Wiedervereinigung, und ausgehend von Frankreich wurde uns die gemeinsame Währung schon aufs Auge gedrückt, bevor die politische Einigung auf europäischer Ebene stattgefunden hatte, als Vorleistung der Deutschen sozusagen. Das war ein Spiel mit falschen Vorzeichen. Die deutsche Version war schon immer: Ein geeintes Europa mit einer gemeinsamen Währung. Zurzeit haben wir ein uneiniges Europa, aber eine gemeinsame Währung. Das passt nicht zusammen. Deswegen knirscht und knarrt es an allen Ecken.

Ich bin auch nicht dafür, den Euro komplett abzuschaffen. Ich meine aber, in der jetzigen Konstellation, mit den derzeit beteiligten Ländern, ist er eine Totgeburt. Es sind einige Länder beteiligt, die durch den Euro leiden. Speziell den aktuellen Krisenländern wäre viel geholfen, wenn sie den Euro verlassen dürften. Wäre ich griechischer Ministerpräsident, würde ich flehen: 'Bitte lasst uns raus, damit ich die Drachme wieder abwerten darf und wieder auf dem Weltmarkt konkurrieren kann'. Wissen Sie, dass die Griechen heute selbst Schafskäse netto importieren? Ihren kriegen sie auf dem Weltmarkt nicht mehr verkauft, dazu müssten sie rund 30 Prozent billiger werden. Das geht mit dem Euro nicht, und deshalb sind sie auf verlorenem Posten. Das ist die Wurzel allen Übels. Die nächste Tabelle zeigt einmal, wie hoch dieser Abwertungsbedarf auch für andere Länder ist:

Tabelle 1: Ausgewählte, zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit nötige Abwertungen in der Eurozone

Griechenland	30 Prozent
Portugal	35 Prozent
Spanien	20 Prozent
Italien	10-15 Prozent
Frankreich	20 Prozent

Quelle: Goldman Sachs Global Economics

Für viele überraschend wird auch Frankreich hier als ökonomisch krank benannt. Umgekehrt hält Goldman Sachs Italien für ökonomisch vergleichsweise gesund. Und den größten Abwertungsbedarf gibt es laut Goldman Sachs nicht in Griechenland, sondern in Portugal.

Die Studie erschien im März 2012. Leider hat sich seitdem nichts Wesentliches getan. Allenfalls in Portugal scheint man gewisse Lektionen gelernt zu haben, dafür wird in Frankreich die Lage von Monat zu Monat schlimmer.

Der Grund ist nur zu klar: Durch billige Kredite wurde in vielen Südländern ein ohnehin schon schlampiger, aufgeblähter und ineffizienter Staatsapparat noch schlampiger, aufgeblähter und ineffizienter, als er bis dato schon gewesen war. In alten Hollywoodfilmen versprüht diese Schlamperei durchaus einen gewissen Charme, aber darüber sollte man nicht vergessen, wie teuer das alles ist. Speziell die Exzesse der griechischen Staatsverwaltung sind

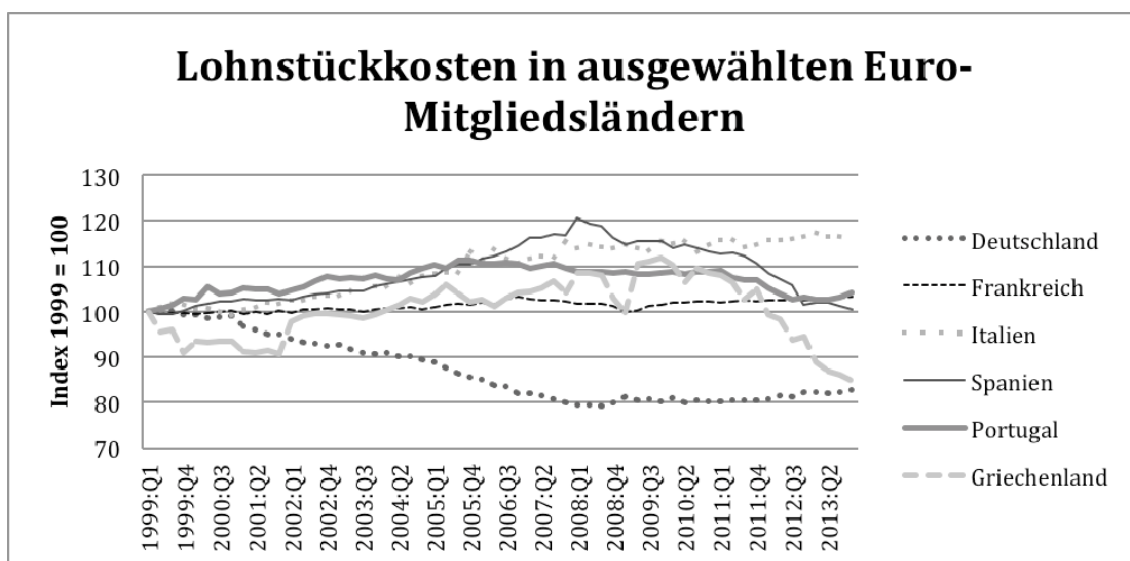
in vielen Quellen ausführlich dokumentiert. Aber auch in der Privatwirtschaft eilten die Lohnsteigerungen der Produktivität zumeist hinterher, die ohnehin schon wettbewerbsfeindlichen, an mittelalterliche Zünfte erinnernden Marktstrukturen vieler Südländer verstärkten sogar noch ihren Würgegriff, das Rentenalter wurde abgesenkt, die Arbeitszeit verkürzt, und das in großen Mengen aus dem Ausland einfließende Geld wurde nicht in eine bessere Infrastruktur, pünktliche Eisenbahnen und moderne Fabriken, sondern in Wohnbeton und Luxus investiert.

Das ist alles schön und gut, und sei jedem auch gegönnt, wenn er oder sie es selbst bezahlt. Aber diese ganze Expansion geschah auf Pump. Und die Wurzel der Euro Krise, wie auch der Schlüssel zu ihrem möglichen Ende, liegen in der Frage begründet, ob das alles jemals zurückzuzahlen ist.

Henrik Müller:

Die Goldman-Sachs-Zahlen, die Sie zitieren, kann ich nicht nachvollziehen. Wir sehen doch inzwischen, dass die Märkte genauso reagieren, wie sie sollen, wenn der Wechselkurs als Anpassungsmechanismus fehlt: mit realen Abwertungen. Die Lohnstückkosten sind in den Krisenländern gefallen, vor allem in Griechenland, aber auch in Spanien und in Portugal (Abbildung 2). Das dauert lange, es ist schmerzhaft, und wegen der nach wie vor sehr hohen Schuldenstände sind die Länder noch lange nicht über den Berg, weil der Spielraum fehlt, um Investitionen finanzieren zu können. Italien ist ein Problem, das stimmt. Das Land hat enorm an Wettbewerbsfähigkeit verloren und bislang nicht wirksam gegengesteuert. Die Strukturprobleme dort sind enorm, die Schulden hoch, und Italien ist immer mehr von den Launen internationaler Kapitalgeber abhängig, weil die Sparquoten der Italiener im Zuge der Dauerkrise gesunken sind. Auch Frankreich hat große Strukturprobleme, aber die Substanz ist deutlich besser: Das Bildungssystem, die Demographie, technologie-intensive Industrien – da steht Frankreich nicht so schlecht da.

Abbildung 2: Relative Lohnstückkosten im Euro-Gebiet



Quelle: OECD (2014)

Wenn man also in den Krisenländern von einer Kostenblase spricht, so hat sie sich seit Beginn der Krise zurückgebildet. Wir sehen Kostensenkungen und Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten. Eine OECD-Studie hat kürzlich insbesondere Griechenland, Spanien und Italien bescheinigt, wie viel sie auf dem Arbeitsmarkt liberalisiert haben.³ Das zeigt sich inzwischen in den Zahlen. All diese Länder haben jetzt Leistungsbilanzüberschüsse, sogar Griechenland, übrigens erstmals seit Beginn der Währungsunion. Die Eurozone insgesamt ist im Überschuss. So schlimm kann das mit der Wettbewerbsfähigkeit nicht sein. Das Problem ist: Wir kriegen das Wachstum im Euroland nicht auf die Reihe. Und wir kriegen es nicht auf die Reihe, weil die Verschuldung so hoch ist. Daran müssen wir arbeiten.

3. Die Rückkehr zu nationalen Währungen – eine Chance?

Walter Krämer:

Da sind wir erst einmal einig: Wir brauchen Wachstum. Die Frage ist nur, wie? Wachstum entsteht, wenn Unternehmen ihre Produkte verkaufen können, wenn sie Märkte für ihre Produkte finden, wenn sie konkurrieren können und im Wettbewerb bestehen. Und die griechische Wirtschaft ist trotz der minimalen Reduktion der Lohnstückkosten noch weit vom Preisniveau der Türkei entfernt. Die produzieren zum Teil die gleichen Waren, verkaufen sie aber viel billiger und sind deswegen so erfolgreich. Die Türkei ist ein aufstrebendes Land. Fahren Sie mal nach Istanbul. Das ist eine der dynamischsten Metropolen der ganzen Welt – weil die Türkei eben keinen Euro hat. Hätten die Griechen die Drachme wieder, könnten sie ihre Waren für 30 Prozent weniger auf dem Weltmarkt anbieten, hätten riesige Wettbewerbsvorteile, uns gegenüber zum Beispiel. Sie müssten zwar für ihre Importe mehr bezahlen. Sie wären auf dem Weltmarkt aber wieder ihr eigener Herr und hätten ihr Schicksal selbst in die Hand. Zurzeit sind sie Gefangene des Euro. Das ist für die Griechen genauso schlecht wie für uns.

Zur Mechanik eines Austritts: Im Jahr 2011 hat der britische Lord David Wolfson einen mit 250.000 Pfund dotierten Preis für die beste praktische Handlungsanweisung dafür ausgeschrieben. Über 400 Vorschläge gingen ein, gewonnen hat eine Ökonomen-Gruppe um den Wirtschaftsjournalisten Roger Bootle.⁴ Zunächst und wenig überraschend sind nach Bootle alle Vorbereitungen zur Einführung der neuen Währung strikt geheim zu halten. Das war schon bei der Einführung der D-Mark 1948 so, und ist immer nötig, wenn altes Geld durch neues zu ersetzen ist. Bis ausreichend viele neue Banknoten verfügbar sind, ist der Gebrauch von Euro-Noten weiterhin erlaubt. Der anfängliche Umtauschkurs - besonders wichtig bei den Schulden des Staates – ist deshalb 1:1. Aber natürlich wertet die neue Drachme auf den internationalen Devisenmärkten sofort um 30-50 Prozent ab, die Importpreise steigen, es gäbe einige Jahre eine um 5 Extra-Prozentpunkte erhöhte Inflation. Die Regierung bediente ihre Staatsschulden mit Drachmen, die kann sie auch in beliebiger Menge selber drucken, juristisch gesehen ist das ein Staatsbankrott. Aber um wenigstens einen Teil ihres Geldes wiederzusehen, drücken die Schuldnerstaaten wie üblich hier ein Auge zu, nach einer Schamfrist ist auch der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt wieder frei. Die verbliebenen Euro-Staaten sehen sich einem aufgewerteten Euro gegenüber, dass reduziert die Leistungsbilanzüberschüsse der Kernländer und nach kurzer Zeit ist die Welt wieder im

³ OECD (2013), S. 36ff

⁴ <http://www.policyexchange.org.uk/images/WolfsonPrize/wolfson>.

wirtschaftlichen Gleichgewicht.

Henrik Müller:

Theoretisch könnte die Rückkehr zu nationalen Währungen eine Chance sein. Der entscheidende Punkt ist: Wie kommen wir da hin? Und das ist nicht nur eine ökonomische Frage. Wir konzentrieren uns in der ganzen Diskussion ja vor allem auf Griechenland. Griechenland ist ein kleines Land mit einer großen Geschichte und hohen Schulden. Aber Griechenland ist ein Sonderfall, weil es sehr hohe Staatsschulden hat. Der von Ihnen, Herr Krämer, avisierte Bankrott Griechenlands wäre eine notwendige Bedingung für eine Zerlegung der Währungsunion. Eine Pleite Griechenlands wäre inzwischen wahrscheinlich für die Finanzmärkte verkraftbar. Aber wenn ich Sie richtig verstehe, geht es Ihnen ja nicht nur um Griechenland, sondern um die Aufkündigung der Währungsunion insgesamt. Italien hat Staatsschulden von 2,1 Billionen Euro, fast genauso viel hat Frankreich, dazu kommt noch mal eine Billion in Spanien. Stellen wir uns vor, Italien würde aussteigen. Italien hat ja große Wettbewerbsprobleme und könnte von einer Abwertung profitieren. Theoretisch. Was würde dann aus den 2,1 Billionen Euro Staatsschulden? Die müssten dann mit einer viel schwächeren neuen Lira bedient werden, die dann vielleicht die Hälfte oder zwei Drittel des Euro wert wäre. Aber die Schulden in Euro bleiben ja. Folglich würde eine Aufspaltung der Währungsunion überhaupt nur Sinn machen, wenn sie mit Schuldenschnitten einherginge. Aber stellen Sie sich die ökonomischen Rückwirkungen vor: Eine Euro-Auflösung würde den zweitgrößten Anleihemarkt der Welt zerstören. Die weltweiten Folgen dieses Bebens würden alles, was nach der Lehman-Pleite 2008 geschehen ist, potenziert übersteigen. Reihenweise würden Banken und Versicherungen zusammenbrechen. Stellen Sie sich die politischen Folgen vor: Es würde zu Verarmungstendenzen kommen. Die Radikalisierung, die wir heute schon in vielen Ländern sehen, würden sich zuspitzen. Was würde dieses Szenario für Deutschland und unsere Rolle in Europa und der Welt bedeuten? Ich kann Ihnen eines sagen – ob wir das gerecht finden oder nicht: Wenn der Euro scheitert, dann sind wir Schuld. Weil wir die einzigen sind, die den Euro hätten retten können, es aber nicht getan haben. Und ehrlich gesagt: Das ist eine Schuld, mit der möchte ich unsere Generation nicht beladen.

Wenn man also ganz nüchtern Kosten und Nutzen, Risiken und Chancen einer Euro-Auflösung gegenüberstellt, kann ich nur sagen: Den Euro zu behalten und die Währungsunion institutionell zu komplettieren, ist die bei weitem beste Option, gerade auch für uns Deutsche.

Walter Krämer:

Aber wenn wir den Euro retten, tun wir dem Projekt ja nichts Gutes. Die von Ihnen an die Wand gemalten Horrorszenarien sind mit Euro sogar wahrscheinlicher als ohne. Und die Bösen sind wir sowieso, da können wir machen, was wir wollen. Dafür sorgt schon Hollywood.

Die Unruhen in den aktuellen Krisenländern entstehen doch gerade dadurch, dass wir die Länder nicht aus dem Euro rauslassen und sie nicht in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen und wettbewerbsfähig zu werden. Mit dem Euro erhöhen wir die Spannung, die jetzt bereits alles zum Krachen bringt. Der Euro ist doch kein Einigungsband – er spaltet die Europäer, er ist genauso wenig ein Friedensstifter, wie eine europäische Einheitssprache oder eine europäische Einheitskleidung Friedensstifter sind. Die regionalen Rivalitäten werden dadurch im Gegenteil eher nur noch größer. Als Konrad Adenauer einmal Athen besuchte, da waren zu seinem Schutz gerade mal 7 Polizisten abgestellt. Bei Angela Merkel waren es schon 7000. Vermutlich, um ihre Verehrer abzuwehren.

Wussten Sie, dass im amerikanischen Bürgerkrieg mehr Amerikaner umgekommen sind als im ersten und im zweiten Weltkrieg zusammen? Oder nehmen Sie das Gemetzel auf dem Balkan den neunziger Jahren oder den russischen Bürgerkrieg nach dem ersten Weltkrieg. Ganz allgemein gehören Bürgerkriege, in denen sich Menschen mit der gleichen Währung gegenseitig massakrieren, zu den grausamsten überhaupt.

Der Euro als Friedensstifter - das geht dermaßen an der wahren Psychologie der Menschen vorbei, ich kann es gar nicht fassen.

4. Sparen – ja oder nein?

Henrik Müller:

Sparen und eine angebotsseitige Strukturverbesserung in den Mitgliedsländern sowie verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und private Investitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, gehören dazu. Das ist die richtige Strategie. Siehe Agenda 2010 in Deutschland. Man muss sich aber überlegen, in welchem Umfeld die Agendapolitik erfolgreich war. In einem Umfeld nämlich, in dem im Rest der Welt ein beispielloser Boom herrschte. Wir wurden damals von den anderen in Europa und anderswo mitgezogen, die sich schuldenfinanzierte Blasen hineinsteigerten – bis dann 2008 diese Kartenhäuser zusammenbrachen. Im Moment sind wir ja in der Situation, dass alle westlichen Länder gleichzeitig auf der Sparsbremse stehen, das heißt der Nachfrageimpuls, der damals von außen kam und half, die Agenda 2010 erfolgreich zu machen, der fehlt heute. Das ist ein Problem: Die Länder haben sich immer weiter in die Krise hineingespargt.

Walter Krämer:

Darf ich bei der Diagnose widersprechen? In den ersten zwölf Euro-Jahren hatte Deutschland neben Italien das niedrigste Wirtschaftswachstum der ganzen Eurozone: insgesamt 20 Prozent, pro Jahr weniger als 2. Wir waren neben Italien das ökonomische Schlusslicht der Eurozone. Nicht weil wir selbst so blöd gewesen wären...

Henrik Müller:

Doch!

Walter Krämer:

... sondern weil die anderen so billig an Geld gekommen sind. Durch die Euro-Einführung konnten sie sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte sehr preiswert verschulden und haben das benutzt, um die idiotischsten Investitionsprojekte auf die Wiese zu setzen.

Ich war vor zwei Jahren in Irland. An jeder Ecke finden Sie eine Neubausiedlung, in der kein Mensch wohnt. In Spanien wurde zeitweise mehr Beton verbaut, als im ganzen Rest der Eurozone zusammen. Sie hatten einen riesigen Wirtschaftsaufschwung mit geliehenem Geld. Wo geliehen? Zum guten Teil von uns.

Dieses Geld hat dann in der Heimat gefehlt. Über lange Jahre war die deutsche Investitionsquote (die in Deutschland getätigten Realinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) eine der niedrigsten im ganzen Euroraum. Die Deutschen investierten

zwar, aber nicht im eigenen Land, sie trugen ihre Ersparnisse nach Spanien, Irland oder Portugal. Viele Sparer wussten das vermutlich nicht einmal, denn dieser Kapitalexport fand über Versicherungen oder Banken statt, und die legten die Gelder ihrer Kunden vorzugsweise außerhalb der Landesgrenzen an. Weil aber Investitionen und Wirtschaftswachstum sozusagen Zwillinge sind, war über lange Jahre das Wirtschaftswachstum in Deutschland so bescheiden und in Irland, Griechenland, Portugal und Spanien so hoch.

Tabelle 2 zeigt das deutsche Investitionsdesaster in seiner ganzen Traurigkeit. Wie man sieht, ging seit dem Festzurren des Eurofahrplans die Investitionsquote in Deutschland stetig zurück. Und parallel dazu stieg sie in den heutigen Krisenländern stetig an.

Tabelle 2: Bruttoinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	Deutsch-land	Irland	Griechen-land	Spanien	Por-tugal
1995	21.9	17.3	17.0	21.5	22.5
1996	21.3	18.9	17.8	21.4	23.0
1997	21.0	20.1	18.1	21.8	25.2
1998	21.1	21.6	19.4	23.0	26.5
1999	21.3	23.1	20.8	24.6	26.8
2000	21.5	23.1	21.6	25.8	27.1
2001	20.0	22.4	21.6	26.0	26.5
2002	18.3	21.6	22.5	26.3	25.0
2003	17.9	22.4	23.3	27.2	22.9
2004	17.5	24.4	22.2	28.0	22.6
2005	17.4	26.6	20.6	29.4	22.2
2006	18.2	26.9	21.5	30.6	21.7
2007	18.8	26.0	21.4	30.7	21.8

Quelle: *Eurostat*

Noch dramatischer wird dieses Bild für die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen minus die Abschreibungen. Denn nur durch die Nettoinvestitionen nimmt der für das Wirtschaftswachstum unentbehrliche Kapitalstock einer Wirtschaft zu. Im letzten Vorkrisenjahr 2007 zum Beispiel betragen die Bruttoinvestitionen in Deutschland insgesamt 468 Milliarden Euro. Davon entfielen aber 352 Milliarden Euro auf Abschreibungen, das heißt netto wurden nur 116 Milliarden Euro investiert, das waren 4,7 Prozent des damaligen Bruttoinlandsprodukts, weniger als die Hälfte der Quote in den heutigen Krisenländern.

Wir hatten in Deutschland die niedrigste Nettoinvestitionsquote der gesamten Eurozone. Und Investitionen und Wirtschaftswachstum sind zwei Seiten einer Medaille. Ohne Investitionen kein Wachstum. Unser niedriges Wachstum war auch eine Konsequenz von extrem niedrigen Nettoinvestitionen. Die kamen zustande, weil die Deutschen einen Anreiz hatten, ihr Kapital ins Ausland zu lenken. Da ist es großteils heute noch. Und deswegen konnten die aktuellen Krisenländer so billig an Geld für ihre Investitionen kommen.

Henrik Müller:

Ich würde gerne auf Ihren Begriff der Blödheit eingehen. Wir waren nicht besser. Wir haben zunächst Mitte der 90er Jahre nicht erkannt, dass auch wir uns reformieren und auf die Euro-Ära einstellen müssen. Der Effekt war absehbar, den Sie beschreiben – Deutschland war zunächst reformunwillig, ähnlich wie heute Frankreich oder Italien, dann haben wir unsere Überschüsse genommen und damit die Immobilienblasen anderswo aufgebläht. Wir waren zwar so blöd, den südlichen Ländern ihre Häuser zu finanzieren. Wir sind kein bisschen besser als die Länder, Sie jetzt so vehement kritisieren.

Walter Krämer:

Nein, nein. Der Punkt war der, dass die Zinsen, die die aktuellen Krisenländer zahlen mussten, nur wenige Basispunkte über denen lagen, die der deutsche Staat für seine Anleihen zahlen musste. Das war der große Anreiz. Das war schon damals irrational. Es ist eine der großen Fehlentwicklungen der EZB, dass für Staatsanleihen kein Eigenkapital vorgehalten werden muss. Das heißt, Banken können Staatsanleihen halten soviel sie wollen, es kostet sie sozusagen nichts. Hätten die Banken die Staatsanleihen damals zu den Konditionen erwerben müssen, wie sie für Industrie-unternehmen üblich sind, wäre es für sie nicht so leicht gewesen, die überdehnten Staatshaushalte der Krisenländer zu finanzieren.

Henrik Müller:

Ich stimme Ihnen insofern zu, dass das Wachstum von Geld und Kredit viel zu groß war. Übrigens nicht nur in der Euro-Zone: Diese XXL-Liquidität gab und gibt es überall auf der Welt, in den USA, in Großbritannien, jetzt in China. Das führt fast notwendig zur Bildung von Preisblasen und Schuldenüberhängen. Deshalb gibt es die Probleme, die Sie beschreiben, überall auf der Welt: Das überschüssige Geld fließt dorthin, wo es gerade die höchste Rendite verspricht. Wenn die Blasen dann platzen, kämpfen die betroffenen Volkswirtschaften mit aufblähten Immobiliensektoren, hohen Schulden, instabilen Banken, hoher Arbeitslosigkeit, Stagnation. Die anderen kommen damit allerdings viel besser klar, weil sie ein ausgebildetes staatliches Instrumentarium haben, das uns in der Euro-Zone fehlt. Deshalb sage ich: Lasst uns die Währungsunion institutionell komplettieren, statt als finanzpolitische Hasardeure ein ökonomisches und politisches Beben zu verursachen, das uns Deutsche mit in Abgrund reißt.

5. Boomt die deutsche Wirtschaft auf Kosten der anderen Euro-Länder?

Henrik Müller:

Nein. Wir profitieren aus zwei Gründen. Zum einen wegen unserer Exporte in die USA und in die Schwellenländer, die aufgrund eines für unsere Verhältnisse zu schwachen Euro phänomenal hoch sind. Zum anderen aufgrund der viel zu niedrigen Zinsen und der aus deutscher Sicht viel zu lockeren Geldpolitik der EZB. Es ist natürlich nicht der Auftrag der EZB, Geldpolitik für Deutschland zu machen, sondern fürs Euroland insgesamt. Unsere Leistungsbilanzüberschüsse sind in der Tat ein Problem, da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Krämer. Es ist zum Teil wohl Folge des Euro, dass wir nicht real aufwerten, wie wir aufwerten müssten, wenn wir so wettbewerbsfähig sind. Da steuert unsere Lohnpolitik falsch. Wahrscheinlich haben wir in der Industrie nicht genug Lohndifferenzierung. Die

Löhne steigen nicht so schnell wie die Produktivität. Im Übrigen halte ich die großen Überschüsse, die Deutschland im Moment erwirtschaftet, für eine risikoreiche Strategie. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir uns bald in einem weltwirtschaftlichen Szenario wiederfinden, wo der Protektionismus wieder um sich greift. Das Wachstum in den Schwellenländern geht zurück, gerade auch in China. Wenn die Wirtschaft nicht mehr so gut läuft und die Arbeitslosigkeit steigt, dann ist der Nährboden für Protektionismus bereitet. Die deutsche Industrie prosperiert wegen ihrer Exportstärke, vor allem in Richtung Schwellenländer. Sobald diese Märkte an Dynamik verlieren, wie sich das derzeit abzeichnet, ist Deutschland direkt betroffen. Wir haben deshalb ein vitales Interesse daran, dass unser Heimatmarkt – die Eurozone – groß, stabil und gesund ist. Und wir sollten zusehen, dass unser gigantischer Überschuss in der Leistungsbilanz zurückgeht.

Walter Krämer:

Ich muss nur einen Widerspruch anmelden. Sie hatten gerade gesagt, dass wir letztes Jahr einen Exportüberschuss erwirtschaftet haben. In der Tat. Das ist Weltrekord. Und sie sagten, das ist unser Wohlstand. Das verstehe ich nicht. Wir haben für 200 Milliarden Euro mehr Güter erzeugt als wir selbst verbrauchen. Uns geht es überhaupt nicht gut. Wir arbeiten zu viel. Das Land, das das gemerkt hat und es seit dem Zweiten Weltkrieg anders macht, sind die USA. Die haben seitdem immer Importüberschüsse, also Exportdefizite, überschwemmen die Welt mit ihren Dollars – und leben in Saus und Braus auf Kosten des Restes des Universums. Wir finanzieren das mit unserem Fleiß und exportieren Güter, die wir nicht bezahlt bekommen – darauf läuft es ja hinaus.

Wenn im Jahr 2014 die deutschen Exporte von Gütern und Dienstleistungen die entsprechenden Importe den aktuellen Prognosen entsprechend um nochmals über 200 Milliarden Euro übertreffen, so stehen dieser Differenz gleich hohe Netto-Kapitalexporte gegenüber, und das heißt nichts anderes, als dass die Forderungen von Deutschland an den Rest der Welt um netto (d.h. nach Abzug der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland) um mehr als 200 Milliarden Euro zugenommen haben. In diesem Ausmaß nimmt das Vermögen zu, das in Deutschland ansässige Wirtschaftsteilnehmer außerhalb der Landesgrenzen besitzen, und dass dann später, wenn die Folgen der Überalterung die deutsche Wirtschaft treffen und aus Exportüberschüssen Exportdefizite werden, unsere Renten und unseren Lebensabend finanzieren soll.

Aber ist dieses Geld dann, wenn es gebraucht wird, auch tatsächlich da? Wie sicher sind denn eigentlich die Auslandsguthaben, auf die viele in Deutschland ansässige Wirtschaftsteilnehmer ihre alten Tage gründen? Sind die inzwischen riesigen deutschen Auslandsvermögen vielleicht zu großen Teilen niemals eintreibbar und so kaum mehr als Schall und Rauch? Und wäre damit auch der vielbewunderte Exportüberschuss, die notwendige Kehrseite des aus Deutschland herausfließenden Kapitalexports, dann doch nicht nur der reine Segen, als den ihn viele Deutsche gerne sehen? Er sichert zwar Arbeitsplätze, aber wird die in den Export geflossene Arbeit vielleicht zu einem guten Teil niemals bezahlt? Da dieser Exportüberschuss notwendigerweise auf den Cent genau einem gleich hohen Netto-Kapitalexport entspricht, d.h. einer Zunahme von Forderungen an das Ausland, dann hätte Deutschland, sollten diese Forderungen einmal wertlos werden, seine Exporte dem Ausland sozusagen geschenkt.

Wie man auf so viel Blödsinn auch noch stolz sein kann, das müssen mir die Herren DAX-Vorständen und Gewerkschaftsboss in einer stillen Stunde einmal ausführlich erklären.

Henrik Müller:

Nur ein kurzer Nachtrag: Ein guter Teil unseres Netto-Auslandsvermögens von inzwischen weit über einer Billion Euro würde vernichtet, wenn es zur von Ihnen, Herr Krämer, empfohlenen Aufspaltung der Währungsunion samt dann unvermeidlicher Staatsbankrotte käme.

6: Haushaltsdisziplin und Schuldengarantie

Walter Krämer:

Wenn eine Schuldengarantie dazu führt, dass die Krisenländer schneller an Geld kommen, das sie am Ende auch zurückzahlen können, dann ist das eine gute Sache. Denn ein Teil der Krise ist in der Tat durch die Unsicherheit der Geldverleiher entstanden, die nicht wissen, ob sie ihr Geld je wiedersehen. Der Punkt ist, ob wir nicht durch unser Versprechen, für die Schulden anderer einzustehen, das Spiel, die Anreize ändern. Das ist wie beim Oktoberfest: Wenn es Freibier gibt, wird immer mehr getrunken, als wenn man selbst bezahlen muss. Meine große Befürchtung ist, dass dann die eh schon wacklige Haushaltsdisziplin der Krisenländer noch einmal leidet, da sie ja wissen: Wenn es schief geht, dann kommt der gute Onkel Deutschland und bezahlt. Das wäre das Ende und mittelfristig schädlich für das ganze Projekt.

Henrik Müller:

Mit der Haushaltsdisziplin nimmt es Deutschland ja auch nicht so genau. Wir haben auch Staatsschulden von mehr als 70 Prozent des BIP. Aber ich bin vollkommen Ihrer Meinung, Herr Krämer. Ich glaube nur, wir sind inzwischen in einer ganz anderen Welt. Denn es ist ja nicht so, dass seit 2008, 2009 nichts passiert wäre. Wir haben ein großes Set neuer Regeln bekommen in der Eurozone. Die sind ja genau dafür da, um diese „Moral Hazard“-Anreize zu verhindern. Der Euro-plus-Pakt soll die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Es gibt einen verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt. Einen Fiskalpakt, analog zur deutschen Schuldenbremse. Immerhin 25 europäische Länder haben den Pakt unterzeichnet und versprochen, das Gebot eines ausgeglichenen Staatshaushalts über den Konjunkturverlauf hinweg in die nationalen Verfassungen aufzunehmen.

Walter Krämer:

Versprochen, aber nicht gehalten. Wie Sie wissen, weigert man sich in Frankreich dagegen...

Henrik Müller:

...wir werden ja sehen, ob das angesichts des drängenden französischen Reformbedarfs so bleibt.

Walter Krämer:

Das wäre dann in der Tat eine kleine Kulturrevolution. Als Finanzminister Waigel in den neunziger Jahren den Stabilitäts- und Wachstumspakt zum Schutz des Euro propagierte, inklusive der darin notwendigerweise enthaltenen Übertragungen nationaler Hoheitsrechte

auf übernationale Instanzen, wer war am deutlichsten dagegen? Und als zehn Jahre später Angela Merkel versuchte, den Europäischen Rettungsschirm durch den sogenannten Fiskalpakt gegen Missbrauch abzusichern, wer legte ihr da die meisten Steine in den Weg? Und versuchte, die ohnehin schon abgeschwächten Sanktionsmechanismen weiter abzuschwächen? Während des letzten Präsidentenwahlkampfes hatte der spätere Wahlsieger François Hollande versprochen, er werde den Fiskalpart neu verhandeln und eine Ratifizierung in der damaligen Form ablehnen (während natürlich die Ratifizierung des parallelen EWS Vertrages mit all seinen Möglichkeiten, den anderen EU-Ländern Geld abzunehmen, in Frankreich wenig Widerstände weckte).

Inzwischen hat sich die französische Regierung doch zu einer Ratifizierung durchgerungen, aber anders als in Deutschland diese Regeln nicht in die Verfassung übernommen. Das kann man auch so lesen, dass man nicht gedenkt, sich an diese Regeln im Ernstfall auch zu halten.

Henrik Müller:

Ich bin insofern Ihrer Meinung, als das bisher Erreichte bei weitem nicht genügt. Und das ist genau der Punkt: Ohne eine teilweise Schuldenvergemeinschaftung im Rahmen eines Schuldentilgungspakts, wie sie der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat, ohne einen gemeinsam finanzierten Fonds zur Abwicklung von maroden Banken, den die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Bankenunion verhindert hat, kommen wir nicht aus der Krise heraus. Und ohne zentrale Budgets – etwa eine Euroland-weite Arbeitslosenversicherung – ist uns die nächste Krise sicher. Wir brauchen für die dauerhafte Stabilisierung große gemeinsame Budgets. Aber das wird nicht gelingen in der derzeitigen Konstellation Europas. Wir brauchen so etwas wie einen Föderalstaat – eine Bundesrepublik Euroland, wenn Sie so wollen –, wo es gemeinsame Budgets gibt und eine gemeinsame Haftung für gemeinsame Schulden. Daneben wird es auch weiterhin nationale Budgets geben, für die dann exklusiv die Einzelstaaten haften. Wie in den USA. Nur dann können übrigens auch einzelne Staaten und Banken Pleite gehen und die Märkte disziplinierend wirken. Dann ist nämlich die Pleite eines einzelnen Staates nicht gleichbedeutend mit dem Absturz ins Bodenlose.

Walter Krämer:

Jetzt kommen wir ans Eingemachte.

Henrik Müller:

Ja. Spieltheoretisch gesprochen: Wir sind in einem unkooperativen Spiel. Keiner traut dem anderen. Deswegen reden wir über Anreize. Wir müssen aus dem unkooperativen Spiel in ein kooperatives Spiel kommen, wo es übergeordnete Instanzen und Ideen gibt, die die Kooperation dauerhaft stabilisieren. Das funktioniert innerhalb einzelner Länder ja auch. Im historischen Kontext war es Mitte des 19. Jahrhunderts für viele Menschen, auch für Bismarck, unvorstellbar, dass protestantische Norddeutsche und katholische Süddeutsche, Bayern insbesondere, einen gemeinsamen Staat haben würden – und das unter einem preußischen Kaiser. 1871 war dieser gemeinsame Staat dann Wirklichkeit. Das zeigt: Man kann solche Gegensätze überwinden.

Walter Krämer:

Da sind wir wieder bei Ihrer Vision, die Sie zu Anfang angemahnt haben, ein europäischer Bundesstaat. Damit könnte ich sehr gut leben. Wenn es möglich wäre, das je hinzukommen. Aber können Sie sich vorstellen, dass ein französischer Präsident die Kontrolle über die französischen Atombomben einem Engländer oder Deutschen übergibt? Never ever. Es ist traurig aber wahr, dass die französischen Eliten den Euro vor allem als Werkzeug zum Abwürgen der Deutschen Bundesbank und als Einstieg in eine große Europäische Transferunion betrachtet haben. Wann immer in den zahlreichen Verhandlung der zahlreichen Gremien der EU von Haushaltsdisziplin, von Sparen und ausgeglichenen Staatshaushalt in die Rede war, kamen die Bedenken immer aus der gleichen Ecke. Und wenn gespart wird, dann nicht weil man will, sondern weil man muss. Nach dem Motto, das Geld das ich nicht habe, wird gedruckt, hatten Regierungen in Spanien Frankreich, Italien, Griechenland Portugal Jahrzehnte gut gelebt. Solche Gewohnheiten gibt man nur unter großen Schmerzen auf. Für einige Länder war die Eurozone von Anfang an daher als künftige Transferunion gedacht, als eine Gemeinschaft, in der wie zwischen den deutschen Bundesländern der Starke dem Schwachen unter die Arme greift (oder, um das weniger freundlich auszudrücken, wo ein Teil Europas sich auf Kosten des anderen das Leben gemütlich machen kann). Schon im Werner-Plan seligen Angedenkens waren 5% - 7% des Bruttoinlandsprodukts der teilnehmenden Länder für Transfers zwischen den Mitgliedsstaaten vorgesehen. Offen sagen durfte man das natürlich nicht, da wären ja die Nordländer hellhörig geworden, aber geplant war das von den späteren Profiteuren mit großer Wahrscheinlichkeit von Anfang an.

Eine politische Union als Kehrseite dieser Transferunion scheint dagegen außerhalb Deutschlands kaum Freunde zu besitzen. Speziell den politisch tonangebenden Kreise in Frankreich scheint eine wahrhaft vereintes Europa wenig wünschenswert, es wird vielmehr aktiv bekämpft: "Ich werde nicht akzeptieren, dass Europa sich in einen Superstaat verwandelt oder dass es seine Institutionen nach denen der Vereinigten Staaten formt," erklärte der damalige französische Präsident Jacques Chirac bei der Einführung des Euro sehr bestimmt.⁵ Und seine Nachfolger denken offen der heimlich ebenso. Mit Frankreich ist ein wahrhaft vereintes Europa bis auf weiteres vermutlich nicht zu haben.

Damit sind wir bei dem wichtigsten Grund, warum der Euro zu einem derartigen Desaster geworden ist: Für die politische Klasse in Frankreich war er in erster Linie ein Vehikel, um die verhasste D-Mark loszuwerden. Nichts hat die Franzosen in den Vor-Euro-Zeiten mehr beschämt und in ihrer peinlichen nationalen Selbstüberschätzung mehr gekränkt als die dauernden Abwertungen ihrer Währung gegenüber der Deutschen Mark. Und dass die französische Zentralbank als ein Befehlsempfänger der Deutschen Bundesbank betrachtet wurde (was sie in gewisser Weise ja auch war).

Die deutsche Politik hätte die DM durchaus aufgegeben, aber erst am Ende eines politischen Vereinigungsprozesses, der diesen Namen auch verdient, sozusagen als Krönung, aber nicht als Vorleistung, als ungedeckten Scheck. Denn nur so waren den widerspenstigen Franzosen Zugeständnisse auf dem dornigen Weg in diese Richtung zu entlocken. Noch in seiner Regierungserklärung zum Gipfeltreffen der Staats und Regierungschefs der NATO in Rom im Jahr 1991 betonte Helmut Kohl: "Man kann dies nicht oft genug sagen: die politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere

⁵ zitiert nach xxxx

Geschichte [...] lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist."⁶

Und Kohl sagte tatsächlich oft genug, "dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist." Ohne politische Union keine gemeinsame Währung. Punkt. Das war der Dreh- und Angelpunkt der deutschen Europapolitik. Nur für ein wahrhaft geeintes Europa geben wir Deutschen unsere starke D-Mark her.

Aber mit der Wiedervereinigung hatte umgekehrt jetzt Frankreich ein Druckmittel in der Hand, um diese Reihenfolge umzukehren. Laut *Spiegel* geht aus einem bislang geheimen Protokoll einer Unterredung Mitterrands mit dem damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher deutlich hervor, dass Frankreich die Wiedervereinigung nur bei einem Entgegenkommen in der Währungsfrage unterstützen würde. "Deutschland kann nur dann auf die Wiedervereinigung hoffen, wenn es in einer starken Gemeinschaft steht", sagte laut *Spiegel* der französische Präsident.⁷ Und er ließ auch kaum einen Zweifel zu, wie diese Worte zu verstehen waren: "Mitterrand wollte keine Wieder-vereinigung ohne einen Fortschritt bei der Europäischen Integration, und das einzige Terrain, das vorbereitet war, war die Währung", sagte der frühere Mitterrand-Berater und spätere Außenminister Hubert Védrine in leichter Umdeutung der wahren Motive, die weniger in der Europäischen Integration als in der Abschaffung der D-Mark zu suchen waren. Oder wie es der frühere Bundesbank-Präsident Karl-Otto Pöhl noch deutlicher in Worte fasste: "Möglicherweise wäre die Europäische Währungsunion gar nicht zustande gekommen ohne deutsche Einheit." Und so wurde dann in den Maastrichter Verträgen von 1992 der Weg zum Euro unwiderruflich abgesteckt.

Dass die Franzosen die Maastrichter Verträge genau als das auffassten, was sie wirklich sind, nämlich einen Sieg der französischen Politik über die Deutsche Bundesbank, dokumentierte Mitterrand in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Randbemerkung, da verglich er die Maastrichter Verträge mit dem notorischen Knebel-Vertrag von Versailles, er nannte sie gar ein "Super-Versailles". So hat es der Leiter der Vertretung Bayerns bei der Europäischen Union wörtlich gehört (dokumentiert bei Hans-Werner Sinn: *Die Target Falle*, S. 48). Und unter mit der Schlagzeile "Jetzt müssen sie zahlen" wiederholte der *Figaro* eine schon seinerzeit in Frankreich weithin kolportierte revanchistische Parole: "Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt. 'Deutschland wird zahlen', sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."⁸

Ein Teil dieser Rhetorik geht sicher auf das Konto des seinerzeitigen Referendums, in dem die Franzosen den Maastrichter Verträgen erst noch zustimmen sollten. Da musste man Ihnen

⁶ Regierungserklärung zum Gipfeltreffen der Staats und Regierungschefs der NATO in Rom sowie zur EG Konferenz in Maastricht, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12, 1991, Nr. 53.

⁷ „Der Preis der Einheit“, *Spiegel* Nr. 29/2010, S. 34-38.

⁸ Zitiert nach R. Augstein, „Neues vom Turmbau zu Babel“, *Der Spiegel*, Nr. 42, 18. Oktober 1993, S. 29.

ja irgendwie die Vorteile des ganzen nahebringen. Auch die einschlägigen Bemerkungen von Mitterrand waren wohl zunächst nur für den Hausgebrauch gedacht. Aber ein Gran Wahrheit bleibt: wenn die Maastrichter Verträge der Deutschen Bundesbank das Rückgrat brachen, so war dieser Nebeneffekt zumindest nicht unerwünscht, vielleicht stand er sogar im Mittelpunkt.

Henrik Müller:

Ich weiß wirklich nicht, wie Sie mit dieser Art von vermeintlichen historischen Belegen für das angeblich sinistere Wirken der Pariser Eliten Ihre heutige Position belegen wollen. Deutschland hat die Verträge ausgehandelt, unterzeichnet und ratifiziert...

Walter Krämer:

Aber unter getürkten Vorzeichen

Henrik Müller:

...sie sind eine Realität, unsere Realität. Nun sind wir ein Vierteljahrhundert weiter. Die Welt ist eine komplett andere als 1990. Jetzt haben wir die Chance nachzubessern, was damals, aus welchen Gründen auch immer, versäumt wurde. Herr Krämer, Sie haben anfangs ökonomisch argumentiert. Jetzt sagen Sie: Eigentlich will der Franzose das nicht. Ich gebe dazu nur Folgendes zu bedenken. In der Tat gehören nationale Souveränität, Zentralstaatlichkeit, auch Absolutismus zur französischen Tradition. Aber Europa entwickelt sich durch Krisen weiter. Und die Erfahrung dieser Krise ist die einer dramatisch eingeschränkten nationalen Souveränität. Francois Hollande macht heute eine Politik, die er nicht machen will. Aber er sieht: Seine nationale Souveränität zählt nicht mehr viel. Frankreich steckt in einer kollektiven Depression – so wie wir es vor zehn Jahren hatten. Krisen bieten die Chance, bisherige Widerstände zu überwinden. Deswegen bin ich da nicht so pessimistisch.

7. Ausblick: Wie sieht das Zukunftsszenario aus?

Walter Krämer:

Es geht erstmal alles so weiter, in Richtung europäische Transferunion. Wir werden bis auf weiteres pro Jahr 100 Milliarden Euro in die Südländer transferieren, so wie wir es seit 25 Jahren Richtung Osten tun. Oder die Italiener seit 150 Jahren von Nord nach Süd. Bis es selbst dem dümmsten deutschen Wähler reicht ...

Als ein weiterer, wenn auch weniger wahrscheinlicher Ausgang der aktuellen Entwicklung lässt sich natürlich auch ein Zustand denken à la Müller, wo in Kombination von interner Abwertung in den Krisenländern, mäßiger Inflation in den Kernländern, einer Rückbesinnung der Europäischen Zentralbank auf ihr Kerngeschäft der Preisstabilität, einer aus den Klauen der Interessengruppen befreiten lokalen Wirtschaft in Spanien, Frankreich und Italien, verbunden mit einem kräftigen Inkasso bei milliardenschweren Bankengläubigern und Steuerhinterziehern, aber auch der offenen Akzeptanz beträchtlicher Vermögensverluste in den Kernländern der EU, wieder ein langfristig tragbares Gleichgewicht entsteht. In diesem Umfeld könnte dann auch der Euro als Währung überleben.

Aber ich glaube nicht daran. Und Hoffnung als zentrales Politikprinzip ist der Königsweg in ein noch größeres Desaster.

Henrik Müller:

Man müsste erst einmal eine neue Verfassung für den Euro zur Diskussion stellen. Man müsste prüfen, ob sie überhaupt Kollektiv gewollt ist. Wenn nicht, dann haben wir es nicht besser verdient im Krämer-Szenario der desaströsen Euro-Rückabwicklung zu enden. Um es ganz klar zu sagen: Es gibt keinen leichten Ausweg. Aber die Schaffung einer eigens legitimierten Bundesrepublik Euroland als superstaatliche Ebene über den Nationalstaaten – mit eigenem Parlament und eigener Regierung – wäre der am wenigsten schmerzhafteste. Ich bin überzeugt, dass es dafür eine Mehrheit gäbe, wenn sich denn Politiker fänden, die den Mumm hätten, dafür zu werben. Europa ist immer noch ein großes Versprechen, gerade für Länder, die am tiefsten in der Krise stecken. Aber die Bürger sehen dieses Europa nicht. Sie sehen nur, wie eine Regierung der anderen versucht, in langen Brüsseler Sitzungen ein Bein zu stellen. Dieses unkooperative Spiel müssen wir überwinden. Stellen Sie sich mal vor, was in Deutschland los wäre, wenn es nur den Länderfinanzausgleich gäbe. Dann würde der bayerische Ministerpräsident seinen Kollegen in Düsseldorf oder Hannover vorschreiben, wie sie Politik zu machen haben. Heillosere Dauerstreit wäre die Folge. Aber so ähnlich läuft das derzeit in Europa. Aber wir kommen aus dieser Nummer nicht heraus, weil die bundesstaatliche Ebene fehlt. In den USA gibt es nicht nur die 50 Einzelstaaten, sondern auch eine starke nationale Ebene, die etwa 25 Prozent des Sozialprodukts umverteilt. So etwas Ähnliches würde ich mir auch für die Eurozone vorstellen. In einem solchen System können, wie gesagt, einzelne Staaten pleite gehen, weil die zivile Ordnung dann nicht gleich zusammenbricht. Sozialleistungen aus den Bundeskassen werden weitergezahlt, die Banken verfügen über Bundesanleihen – in unserem Fall Eurobonds – als Sicherheiten, so dass nicht gleich auch noch der Finanzsektor mit zusammenbricht. Und so weiter und so fort. Ein Bundesstaat wirkt stabilisierend – ökonomisch und politisch.

Walter Krämer:

Ihr Wort in Gottes Ohr. Die große Kohl-Vision. Vermutlich aber zu schön, um jemals wahr zu sein.

Henrik Müller:

Und noch eins: Wir haben im Moment eine EU der 28 Staaten. Damit wird die Bundesrepublik Euro-Land nicht funktionieren. Wir werden diese Form von Vereinigung nie mit 28 Staaten hinbekommen, hoffentlich mit den 18 und demnächst 19 Staaten in der Eurozone.

Literatur:

OECD (2013): OECD Economic Outlook. Paris, November 2013

OECD (2014): OECD Economic Surveys: Euro Area 2014. Paris, April 2014

Müller, Henrik (2012): Euro-Vision. Warum ein Scheitern unserer Währung eine Katastrophe wäre. Campus Verlag, Frankfurt am Main

Krämer, W. (2013): Kalte Enteignung, Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Sinn, H.W. (2012): Die Targetfalle, Hanser Verlag, München

